

Liebe Leserin,
Lieber Leser,

die letzten Monate haben gezeigt, dass uns die Inflation wie erwartet auf dem derzeitigen hohen Niveau länger begleiten wird.

Inflation bleibt hoch // Gekommen, um zu bleiben

Die Deutsche Bundesbank rechnet in ihrem aktuellen Monatsbericht mit einer weiterhin hohen Inflation von rund zehn Prozent und einer länger anhaltenden Rezession der deutschen Wirtschaft. Diese Annahmen werden untermauert mit dem stärksten Anstieg der Erzeugerpreise von durchschnittlich 45,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949.

Haupttreiber der Erzeugerpreise sind dabei die stark gestiegenen Energiepreise, die um durchschnittlich 139,0 Prozent höher als im Vorjahr lagen. Der nunmehr von der Politik umgesetzte „Energiepreisdeckel“ wird aus unserer Sicht nicht die gewünschte Entlastung bringen. Vielmehr besteht die Gefahr, dass dieser die Preise zusätzlich in die Höhe treibt, da einzelne Lieferanten in Folge einer staatlichen Regulierung die Lieferung einstellen könnten. Dies würde die Gefahr einer Unterversorgung bis hin zu einem „BlackOut“ erhöhen. Ein solches Szenario gilt es aus unserer Sicht zu vermeiden.

Die spürbaren Mehrbelastungen stellen Wirtschaft und Privathaushalte bereits vor den Wintermonaten vor große Herausforderungen. **Ein Beispiel:** Die deutsche Industrie zählt bekanntlich zu den energieintensivsten der Welt. Energiesicherheit und günstige sowie stabile Preise waren ein Garant für die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten „Made in Germany“. Deutsche Unternehmen zahlen derzeit um den Faktor 8 höhere Energiepreise gegenüber ihren Mitbewerbern aus den USA. Das führt zwangsläufig zu Wettbewerbsnachteilen und nachlassender Nachfrage.

Somit profitiert die USA zweifach von dem derzeitigen Ukraine-Konflikt. Neben den vollen Auftragsbüchern der Unternehmen durch deutlich niedrigere Energiekosten steigen die Einnahmen durch teure Exporte von LNG-Gas nach Europa. Dies führt auch dazu, dass die Zentralbanken an unterschiedlichen Fronten kämpfen um die Inflation zu senken. Während die Teuerungen in Europa in erster Linie auf die hohen Energiepreise zurückzuführen sind, droht den Amerikanern durch die hohe Nachfrage eine Überhitzung ihrer Wirtschaft. Die Lohnzuwächse sind stärker als zu irgendeinem Zeitpunkt seit den 1980er Jahren. Stellenangebote sind nicht weit von Rekordhöhen entfernt, was darauf hindeutet, dass die Nachfrage nach wie vor stark ist und die Unternehmen unter Druck gesetzt werden, die Löhne weiterhin nach oben anzupassen.

Berichtssaison beginnt

Mit der nun beginnenden Berichtssaison steht uns die wichtigste Phase des Jahres an den Börsen bevor. Die richtige Auswahl robuster, ertrags- und wachstumsstarker Unternehmen, derzeitige Börsenkurse, gepaart mit den Unternehmenszahlen, bieten beim Einstieg langfristig Chancen, das eigene Vermögen wetterfest zu machen.

Es gibt Branchen und Unternehmen, die im derzeitigen Umfeld auf eine harte Belastungsprobe gestellt werden. Wiederum verdienen rund 15 DAX – Unternehmen prächtig und steuern auf Rekordgewinne in 2022 zu.

Daher bekräftigen wir unsere Meinung, dass der Auf-/Ausbau des eigenen Unternehmensportfolios in Form von Aktien im derzeitigen Umfeld alternativlos ist und auf Sicht wahrscheinlich auch bleiben wird. Denn trotz der Zinserhöhung der EZB um 0,75% auf nunmehr 2,00% und erwarteter weiterer Zinsanhebungen liegt der reale Zins, nach Abzug der Inflation, immer noch deutlich im negativen Bereich. Bargeld und Kontoguthaben verlieren somit weiter an Kaufkraft.

Optimierung für Ihr Vermögen

Es ist unsere Aufgabe, das Ihr Vermögen in möglichst jeder Marktphase langfristig zu erhalten, auszubauen und nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen. Dabei ist es uns wichtig, Sie mit Weitsicht auf mögliche tiefgreifende Veränderungen frühzeitig zu informieren.

Am 12. Dezember 2019 wurde zum Beispiel das Lastenausgleichsgesetz (LAG) mit Wirkung zum 01.01.2024 verändert. Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952 wurde mit dem Ziel eingeführt, eine Entschädigung an die Deutschen zu bezahlen, die durch den zweiten Weltkrieg Vermögensschäden erlitten hatten. Im §292 des LAG wurde nunmehr das Wort „Kriegsopferfürsorge“ durch die Wörter „Soziale Entschädigung“ inkl. der Neureglung nach § 145 – SGB XIV ersetzt.

Diese Änderung kann vereinfacht gesagt dazu führen, dass aufgrund leerer Sozialkassen erneut Zwangshypotheken und Vermögensabgaben zum Einsatz kommen können. Gleichzeitig werden die Stimmen in der Politik nach einer Vermögenssteuer zunehmend lauter.

Diese und weitere Gründe haben bei unseren Mandanten bereits zu einer verstärkten Nachfrage nach Lösungen, die Schutz vor den beschriebenen Änderungen bieten, geführt.

Hierzu zählt beispielsweise die Domizildiversifikation in die Schweiz, um den Währungsverfall des Euro zu vermeiden. Parallel können die Vorteile des europäischen Wirtschaftsraumes genutzt werden. Gleichzeitig können Sie in Ihr Vermögen „Schutzschalter“ einbauen, die zu einer 50%* niedrigeren Besteuerung der Erträge sowie flexiblen Möglichkeiten in der Vermögensübertragung führen.

Bei Bedarf stehen wir Ihnen wie immer gern für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Herzliche Grüße

Ihr Team von Furkert&Schneider